

Die Lage der dänischen Angelegenheit.

(Uebersicht.)

Die Erwartung, daß das neue dänische Ministerium die Wiederherstellung des Friedens als seine dringendste Aufgabe betrachten würde, ist sehr rasch in Erfüllung gegangen.

Die Minister haben gleich nach ihrem Eintritt ins Amt Erklärungen im dänischen Volkshause abgegeben, welche auf Friedensabsichten hindeuteten. Gleichzeitig wurde die Entsendung von Courieren aus Kopenhagen nach Berlin und Wien angemeldet, welche mit der Ueberbringung von Anträgen auf Waffenstillstand und Frieden beauftragt waren.

Kurz zuvor hatte der Prinz Johann von Glücksburg, ein Bruder des Königs von Dänemark, eine Reise über Lübeck nach Deutschland angetreten. Hierdurch waren die mannigfachen Gerüchte über Friedens-Verhandlungen, welche dieser Prinz einleiten sollte, hervorgerufen worden: bald hieß es, er habe in Berlin, Karlsbad und Wien unmittelbar Verhandlungen gepflogen, bald wieder, er sei nach Paris entsandt gewesen, um die Vermittelung des Kaisers Napoleon bei den deutschen Großmächten anzurufen. Keines von Beiden hat sich aber bestätigt: der Prinz ist weder in Berlin, noch in Karlsbad, noch auch, so viel bekannt, in Wien zum Vorschein gekommen, und eben so wenig ist von seiner Sendung nach Paris bisher irgend eine erkennbare Spur hervorgetreten. Er scheint nur in Brüssel gewesen zu sein und ist bereits wieder in Kopenhagen angekommen.

Alle die Gerüchte, welche sich an seine Reise knüpften, haben übrigens sehr bald ihr Interesse und ihre Bedeutung verloren, da inzwischen die wirklichen Friedens-Verhandlungen sehr klar und greifbar in die Oeffentlichkeit getreten sind.

Ein dänischer Diplomat traf, wie von Kopenhagen gemeldet war, in Berlin mit dem Antrage auf Friedensverhandlungen ein.

Gleichzeitig wandte sich die dänische Regierung an die Höchstkommmandirenden der Allirten in Jütland und in der Ostsee, um eine sofortige Einstellung der Feindseligkeiten zu erlangen. Der dänische Oberst Kauffmann wurde deshalb am 14. d. Mts. von Jühnen aus als Parlamentair (Unterhändler) in das Hauptquartier der Allirten entsandt; an demselben Tage erschienen vor dem Hafen von Danzig drei dänische Dampfschiffe, eines mit der Parlamentair-Flagge. Der Lootsen-Commandeur fuhr ihnen entgegen und nahm aus den Händen eines dänischen Offiziers eine Depesche an den Admiral Prinz Adalbert entgegen, in welcher die Anzeige enthalten war, daß die Dänen die Feindseligkeiten zur See vorläufig einstellen wollten, wogegen ein Gleiches von unserer Seite erwartet würde. Der Oberbefehlshaber Prinz Friedrich Karl, ebenso wie der Prinz-Admiral, konnten die Waffenruhe natürlich nicht ohne Genehmigung des königlichen Kriegsherrn zugestehen, und wandten sich deshalb sofort nach Karlsbad.

Inzwischen waren die Verhandlungen in Karlsbad und in Wien bereits eingeleitet. Der König von Dänemark hatte den Wunsch auf einen längeren Waffenstillstand Behufs Einleitung von Friedens-Unterhandlungen ausgesprochen, um aber Beides vorbereiten zu können, eine vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten erbeten.

Preußen und Oesterreich haben von Neuem ihre Bereitwilligkeit zur Wiederherstellung des Friedens bekundet und auf Grund rasch erfolgter Verständigung zwischen Karlsbad und Wien die einstweilige Waffenruhe angenommen, jedoch unter der Bedingung, daß auch die Blokade der preussischen Häfen sofort wieder aufgehoben werde.

Die Ermächtigung zur Einstellung der Feindseligkeiten unter solcher Bedingung wurde schon am 15ten von Karlsbad in das Hauptquartier der Allirten entsandt, — gleichzeitig kam die Nachricht von dem Abschluß der Waffenruhe auch in die Oeffentlichkeit, freilich etwas zu früh; denn als am 16ten d. M. ein preussischer Offizier im Hauptquartier der Allirten die Waffenruhe mit dem dänischen Oberst Kauffmann festsetzen sollte, ergab sich, daß dieser keine Vollmacht von seiner Regierung hatte, die Aufhebung der

Blokade zuzugestehen. Der preussische Unterhändler brach deshalb die Besprechung ab. Der dänische Parlamentair holte jedoch von Kopenhagen die fehlende Ermächtigung ein und war am 18ten im Stande, jene Bedingung zuzugestehen.

So wurde denn am 18. Juli früh 3 Uhr zu Christiansfeld, zwischen dem diesseitigen und dem dänischen Bevollmächtigten, eine Uebereinkunft geschlossen, nach welcher am 20. d. Mts., Mittags 12 Uhr, Waffenruhe zu Wasser und zu Lande eintritt und bis zum 31. d. M., Nachts 12 Uhr, dauert. Die Blokade hört gleichzeitig auf. Während der Waffenruhe bleiben die beiden kriegführenden Theile im Besitze des von ihnen bis zum 20. Mittags besetzten Gebiets. In den Verhältnissen Jütlands wird durch diese Uebereinkunft nichts geändert: das gegenwärtige militairische Regiment über Jütland bleibt in Kraft und die Unterhaltung der dort stehenden allirten Truppen erfolgt auch während der Waffenruhe auf Kosten Jütlands (nicht gegen Bezahlung, wie es während des letzten Waffenstillstands der Fall war).

Diese vorläufige Einstellung der Feindseligkeiten ist, wie aus Obigem hervorgeht, nur auf eine sehr kurze Dauer bemessen: nur eben so lange, um sich inzwischen überzeugen zu können, ob es Dänemark diesmal mit den Friedensgedanken und mit der Nachgiebigkeit wirklich Ernst ist. Um hierüber ins Klare zu kommen, haben die deutschen Mächte verlangt, daß unverzüglich ein dänischer Unterhändler nach Wien entsandt werde, welcher mit Preußen und Oesterreich über die Grundlagen eines möglichen Friedensschlusses verhandeln soll.

Die Bestimmung der österreichischen Hauptstadt als Ort für die Verhandlungen scheint besonders darauf begründet zu sein, daß unser König sich Behufs der Fortsetzung seiner Kur so eben nach den kaiserlichen Staaten begeben hat. Da Herr von Bismarck vermuthlich selbst an den bevorstehenden Verhandlungen Theil nehmen wird, so empfahl sich die Wahl von Wien wegen der Nähe dieser Stadt zu dem königlichen Hoflager in Gastein. Uebrigens dürfte diese Wahl Seitens der preussischen Regierung auch deshalb befördert worden sein, weil das herzliche Entgegenkommen, welches während des ganzen Verlaufs der dänischen Angelegenheit fort und fort Seitens Oesterreichs gegen Preußen bewiesen worden ist, unserer Regierung den Wunsch nahe legen mußte, im gegenwärtigen Falle jene durchaus natürliche Rücksicht und Aufmerksamkeit gegen Oesterreich obwalten zu lassen.

Wenn in Wien eine Verständigung über annehmbare Friedensbedingungen erzielt werden kann, so wird demnächst ein wirklicher Waffenstillstand auf längere Zeit Behufs Einleitung der eigentlichen Friedensverhandlungen festgestellt werden.

Welches sind denn aber annehmbare Friedensbedingungen?

Keine anderen, als die gänzliche Abtretung der drei Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg Seitens der Krone Dänemarks. Jede andere Lösung der Frage ist seit dem Wiederausbruch der Feindseligkeiten unmöglich geworden.

Die sogenannte Personal-Union, d. h. die Verbindung der Herzogthümer mit Dänemark durch die Person des Herrschers, aber mit sonst ganz selbstständigen Staatseinrichtungen, ist seit dem Augenblicke beseitigt, wo Preußen das Londoner Protokoll von 1852 als zerrissen erklärte. Die Errichtung eines eigenen schleswig-holsteinischen Staats unter besonderer Herrschaft war seitdem auch auf der Konferenz in London als eine Nothwendigkeit anerkannt.

Um dieses Ziel möglicher Weise ohne neues Blutvergießen zu erreichen, hatten Preußen und Oesterreich sich in London auf Unterhandlungen über eine Grenzlinie in Schleswig eingelassen, durch welche ein Theil Schleswigs, in welchem sich eine überwiegend dänische Bevölkerung befindet, von der Abtretung ausgeschlossen werden sollte. Dabei war vorausgesetzt, daß die Ueberlassung dieses Theils von Schleswig an Dänemark zugleich als Ausgleichung für die nothwendige Abtretung des deutschen Herzogthums Lauenburg gel-